

# Die Hälfte der Bevölkerung wird verärgert

Über die Sozialverträglichkeit der WAA in Wackersdorf / Von Ortwin Renn

Die heftigen Auseinandersetzungen um den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf haben ein schon für tot gehaltenes Thema zu neuem Leben erweckt: die zukünftige Kernenergiepolitik der Bundesregierung. Entbrannt um die Frage der Kernenergie noch vor wenigen Jahren heftige Auseinandersetzungen, verbunden mit umfangreichen Demonstrationen und politischen Auseinandersetzungen, so kam es nach der Machtübernahme durch die neue Koalition in Bonn zu einer Beruhigung an der Energiefront. Auch die Kernenergie schien dem öffentlichen Meinungsstreit entronnen zu sein. Doch Wackersdorf führte zu neuer Erregung – bei Gegnern wie Befürwortern der Anlage. Dr. Ortwin Renn, Leiter der Abteilung Mensch und Technik in der Kernforschungsanlage Jülich, berichtet über Studienergebnisse zur Frage der Sozialverträglichkeit der geplanten Atomfabrik.

Die geringere Nachfrage nach elektrischem Strom hatte auf der einen Seite eine wesentliche Verlangsamung des nuklearen Ausbauprogramms bedingt, so daß es an konkreten Objekten fehlte, an denen sich Protest und Opposition hätten entzünden können. Zum anderen erlebte das Thema Kernenergie den üblichen Abnutzefekt in der politischen Diskussion und wurde durch andere Themen, vor allem der Friedenssicherung, verdrängt. So lautet auch die offizielle Devise im Bundesforschungsministerium, keine neue Debatte mehr über die Notwendigkeit und Vertretbarkeit von Kernenergie vom Zaun zu brechen, sondern die energiewirtschaftlichen Unternehmen im Rahmen der gesetzlichen Auflagen frei und ungeschoren operieren zu lassen.

Ob dieses Konzept jedoch aufgeht, ist angesichts der jüngsten Ereignisse in Wackersdorf fragwürdig geworden. Die einseitige Konzentration der antinuklearen Kräfte auf einen Standort zeigt zwar, daß anders als in den vorhergegangenen Jahren der Nuklearprotest nicht mehr an mehreren Stellen gleichzeitig präsent ist, beweist aber auch augenscheinlich, daß die Kernenergie-Gegner die soziologischen und psychologischen Arbeiten zur Akzeptanz der Kernenergie in der Bevölkerung sehr genau studiert haben. Denn Anreicherungsanlagen, Brenn-



Die Anti-Atombewegung steht durch Tschernobyl wieder im Aufwind

elementfabriken und selbst Kernkraftwerke sind heute Objekte, die von der umgebenden Bevölkerung zwar nicht geliebt, aber zumindest geduldet werden.

Die gute Sicherheitsbilanz deutscher nuklearer Anlagen hat zudem dazu beigetragen, daß die Angst vor Unfällen oder radioaktiver Verseuchung zurückgegangen ist. Dessen ungeachtet ist aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt, daß die Entsorgung nuklearer Abfallstoffe noch ungesichert sei. Somit steht die geplante Wiederaufarbeitungsanlage symbolhaft für den Komplex der Entsorgung. Der auf Wackersdorf konzentrierte Protest fällt damit auf psychologisch fruchtbaren Boden.

## Sozialverträglichkeit als Bewertungskriterium

Inwieweit der Protest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf Erfolg haben wird, läßt sich zur Zeit schwer abschätzen. Zwar ist die CSU-Regierung in Bayern fest entschlossen, an dem Projekt festzuhalten; eine starke Opposition aus den eigenen Reihen könnte jedoch Anlaß sein, die Sache noch einmal zu überdenken. Nicht zuletzt dürfte dabei der Gedanke mitspielen, daß auch ohne Wiederaufarbeitung die Bundesrepublik für begrenzte Zeit Kernenergie weiter nutzen und die nuklearen Abfälle direkt endlagern könnte. Diese Option ist zur Zeit sogar billiger und sicherheitstechnisch zumindest genauso unbedenklich wie die Lösung mit Wieder-

aufarbeitung. Die Gründe für die Wiederaufarbeitung, vor allem die wesentlich bessere Ausnutzung der Kernenergie mit Hilfe von Brutreaktoren, sind dagegen langfristiger Natur und kommen der Energieversorgung unmittelbar nicht zugute.

Ob aus langfristigen Überlegungen der Versorgungssicherheit und des technologischen Vorsprungs in der Bundesrepublik Deutschland der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage unverzichtbar ist, bleibt eine politische Entscheidung, die nicht allein von den energiewirtschaftlichen Unternehmen, sondern vor allem von der Bundesregierung getroffen werden muß.

Schon die erste Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur zukünftigen Kernenergiepolitik hatte die Politiker aufgerufen, die gesellschaftliche Verantwortbarkeit von Kernenergie – dort Sozialverträglichkeit genannt – als gleichberechtigtes Kriterium neben Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und internationale Verträglichkeit in den Bewertungskanon aufzunehmen. Sozialverträglichkeit wurde von der Enquête-Kommission als Verträglichkeit mit der sozialen Ordnung und Entwicklung definiert.

Diese allgemeine Definition wurde wie folgt spezifiziert:

- Grundrechte, rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien dürfen nicht verletzt werden.
- Es müssen Freiräume für die Lebensführung offen gehalten werden.
- Die Flexibilität künftiger Generationen darf nicht eingeschränkt werden.

---

– Es soll weitgehend Gebrauch von regenerativen, praktisch unerschöpflichen Energiequellen gemacht werden.

– Es soll ein reibungsloser Wechsel zu zukünftigen Energiesystemen möglich sein.

– Schließlich soll ein breiter politischer Konsens über das Energieversorgungssystem bestehen.

Wie steht es nun mit der Sozialverträglichkeit der Kernenergie, vor allem der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf? Beim intensiven Studium der Sozialverträglichkeit stellt sich schnell heraus, daß der Begriff bis heute noch unklar und wissenschaftlich kaum zu messen ist.

### Zwei Parallelgutachten vorgelegt

Um den Begriff der Sozialverträglichkeit mit Leben zu füllen, wurden deshalb von der zweiten Enquête-Kommission und dem Bundesforschungsministerium zwei Studien angeregt, um die Sozialverträglichkeit verschiedener Energieversorgungssysteme zu bestimmen. Ein Projekt wurde von den Professoren Meyer-Abich in Essen und Scheffold in Frankfurt geleitet, das andere von der Programmgruppe Technik und Gesellschaft unter der Leitung von Professor Häfele, Dr. Münch und Dr. Renn in der Kernforschungsanlage Jülich durchgeführt. Während die ersten Gruppen in Essen und Frankfurt mit Hilfe von allgemein gültigen Kriterien ein Szenario mit starker Energieeinsparung und ein anderes mit starkem Energieausbau nach theoretischen Gesichtspunkten bewerteten, befragten die Jülicher Sozialforscher mit Hilfe der in Wuppertal entwickelten Planungszelle-Methode die Bevölkerung nach ihren Präferenzen über die zukünftige Energiepolitik. Beide Gruppen haben inzwischen ihre Endgutachten dem Bundesministerium vorgelegt.\*

Das interessante Ergebnis beider Studien ist wohl die Tatsache, daß die naheliegende Vermutung von Gefälligkeitsgutachten einerseits für, andererseits gegen Kernenergie nicht zutraf. Erwartet hätte man von Jülich eine eindeutige Aussage für die Kernenergie, von dem als Skeptiker der Kernenergie bekannten Professor Meyer-Abich eine eher ablehnende Stellungnahme. Doch nach eingehender theoretischer beziehungsweise empirischer Prüfung der Sozialverträglichkeit stimmten beide Forschungsteams darin überein, daß ein starker Ausbau der Kernenergie, wie er noch Anfang der 70er Jahre vorgesehen war, das Etikett „Sozialverträglichkeit“ nicht verdiene. Umgekehrt würde auch ein völliger Verzicht auf Kernenergie – dies geht aus beiden Studien

---

\*Die Ergebnisse der Jülicher Studie sind in einer 6-bändigen Reihe des HTV-Verlages in München erschienen, die Ergebnisse des Essen/Frankfurter Projektes in der Beck'schen Schwarzen Reihe.

deutlich hervor – zu energiewirtschaftlichen Turbulenzen führen, die an die Grundfeste unserer wirtschaftlichen Struktur rütteln würden. Als Alternative verbleibt demgemäß ein moderater Ausbau der Kernenergie, der im wesentlichen auf dem Strom-spezifischen Markt beschränkt bleiben und die Wärmeversorgung weitestgehend anderen Energieträgern überlassen soll.

Soweit die Übereinstimmung zwischen beiden Studien. Unterschiedliche Auffassungen treten in den Fragen nach der zukünftigen Rolle der Kernenergie für die Gesamtenergieversorgung auf. Während Meyer-Abich und sein Team dafür plädieren, der Kernenergie nur eine vorübergehende Rolle in der Energieversorgung einzuräumen, bis die Solarenergie weit genug entwickelt sei, wird im Endgutachten aus Jülich implizit die Annahme vertreten, Kernenergie müsse auch mittel- und langfristig an der Energieversorgung beteiligt bleiben. Die Gründe dafür werden vor allem darin gesehen, daß die Solarenergie in der Bundesrepublik Deutschland vom Potential her zwar beschränkt zum Einsatz kommen könne, zum anderen, daß die angestrebten Sparmaßnahmen zur rationellen Energieverwendung weniger wirksam seien als dies in den Entwürfen aus Frankfurt und Essen angenommen würde. Dadurch ergebe sich zwangsweise eine Angebotslücke, die nur durch Kernenergie gedeckt werden könne. Außerdem stufen die Jülicher Forscher die Probleme der Absicherung des Kernbrennstoffkreislaufes gegen Sabotage und Terrorismus nicht als eine Gefährdung der persönlichen Freiheitsrechte ein und setzen sich damit von den Ausführungen von Alexander Roßnagel aus dem Essener Team ab, der mit dem Ausbau der Kernenergie eine Bedrohung individueller Freiheitsrechte verbindet. Das Fazit der Jülicher Studie lautet sinngemäß: Alle Energieträger sollten in Zukunft parallel genutzt werden, um deren spezifisch positiven Eigenschaften optimal auszunutzen und eine möglichst breite Diversifizierung des Energieangebotes vorzunehmen.

Besonderes Augenmerk wird in der Jülicher Studie auf die vermutete Akzeptanz unterschiedlicher Energieversorgungsstrategien gelegt. Rund 500 zufällig ausgewählte Bürger aus der ganzen Bundesrepublik wurden in speziellen Seminaren über die verschiedenen energiepolitischen Alternativen informiert und sie im Anschluß daran gebeten, ihre Präferenzen kundzutun. Etwa 42 Prozent der befragten Bürger entschieden sich dabei für den von der Enquête-Kommission vorgelegten Pfad 2, der einen moderaten Ausbau der Kernenergie auch in Zukunft vorsieht. Fast ebenso viele Bürger (39 Prozent) möchten den Pfad 3 (mit auslaufen-

der Kernenergie nach dem Jahre 2000) in Zukunft verwirklicht sehen. Einen starken Ausbau der Kernenergie (Pfad 1) beziehungsweise eine ganz auf Energieeinsparung und Solarenergie abzielende Strategie (Pfad 4) wurden jeweils nur von drei beziehungsweise 16 Prozent der Befragten befürwortet. Aus den empirischen Ergebnissen ziehen die Jülicher Forscher den Schluß, daß sowohl die heute vorherrschende Ausbauphilosophie der Kernenergie mit Wiederaufarbeitung und Offenhaltung der Brüter-Option wie auch die von der SPD favorisierten Option mit auslaufender Kernenergie (Schwedische Lösung) im Prinzip sozialverträglich, das heißt mit den Wertvorstellungen und Zukunftsvorstellungen der meisten Bundesbürger vereinbar seien. Allerdings – so die Sozialforscher – bestünden die Bürger auf einer raschen und zuverlässigen Endlagerung der radioaktiven Abfälle, damit die heutige Kernenergienutzung keine Hypothek für kommende Generationen darstellen solle.

Was folgt aus den beiden Sozialverträglichkeitsstudien für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf? Gemäß dem Votum aus Essen ist eine solche Wiederaufarbeitungsanlage weder ökonomisch noch sicherheitstechnisch sinnvoll, da die

Kernenergienutzung als Zwischenlösung eine Recycling des Urans nicht erforderlich mache. Im übrigen könne von der Wiederaufarbeitungsanlage der Impuls ausgehen, über den moderaten Ausbau der Kernenergie als Zwischenlösung hinaus eine irreversible Einbindung der Nuklearenergie in das Versorgungsnetz vorzunehmen. Das Jülicher Ergebnis ist in dieser Frage aufgrund der empirischen Ergebnisse offener: Die Bevölkerung ist nämlich bei der Frage nach der künftigen Rolle der Kernenergie für die Energieversorgung in zwei relativ gleiche Lager gespalten. Gleichgültig, ob man einen moderaten Kernenergieausbau mit Langzeitwirkung (also unter Einschluß von Wiederaufarbeitung) oder mit Kurzzeitwirkung vorsieht, in jedem Falle verärgert man die jeweils andere Hälfte der Bevölkerung. Eine eindeutige Priorität für die eine oder andere Lösung ist damit aus dem Sozialverträglichkeitsgedanken nicht abzuleiten. Damit geben die Jülicher den Ball an die Politiker zurück. An der Sozialverträglichkeit braucht die Wiederaufarbeitung nicht zu scheitern; ob sie allerdings notwendig ist, muß nach technischen, ökonomischen und vor allem politischen Gesichtspunkten entschieden werden. □